

1 **Leitantrag**

2 **„Europa stärken, Frieden sichern“**

3

4 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Europa erschüttert und stellt die Grundfesten unserer
5 Sicherheitsarchitektur in Frage. Mit seinem völkerrechtswidrigen Überfall auf einen Nachbarstaat hat
6 Präsident Putin mit allen Regeln gebrochen, die wir uns nach 1945 in Europa gegeben haben und die
7 wir nach dem Untergang der Sowjetunion auch mit Russland vereinbart hatten.

8 Unsere Antwort auf diese Aggression muss als geeintes Europa, als starkes Deutschland und als
9 Volkspartei der Mitte klar sein: Wir begegnen Putins Neo-Imperialismus mit der entschiedenen
10 Unterstützung der Ukraine, mit einer Stärkung der NATO und einem Zusammenrücken in Europa.

11 Als Frauen Union der CDU in Niedersachsen wollen wir deshalb ein klares Signal aussenden: Als
12 wichtiger Teil der CDU in Niedersachsen und der CDU Deutschlands stärken wir gerade in diesen
13 Krisenzeiten der gemeinsamen europäischen Idee den Rücken; wir setzen uns für die Resilienz und die
14 Wehrhaftigkeit unseres freiheitlich-demokratischen Systems ein; und wir treten für die langfristige
15 Sicherung des Friedens in Europa ein. Mit dieser klaren Ausrichtung starten wir als Frauen Union in
16 Niedersachsen mit voller Überzeugung und Motivation in den Europawahlkampf 2024.

17

18 **I. Ukraine**

19 Die Ukraine ist Teil des demokratisch-freiheitlichen Europas und hat als solcher unsere volle
20 Unterstützung verdient. Ukrainische Männer und Frauen kämpfen seit 18 Monaten täglich auch für
21 unsere Freiheit und unsere Art zu leben.

22 1. Russische Kriegsverbrechen dürfen nicht folgenlos bleiben.

23 Die ukrainische Bevölkerung erduldet seit Putins Überfall unermessliches Leid und nicht
24 wiedergutzumachenden Verlust. Besonders betroffen vom russischen Terror gegen die ukrainische
25 Zivilbevölkerung sind Frauen und Kinder.

26 Die russischen Invasoren setzen Vergewaltigungen bewusst als Kriegswaffe ein und verschleppen
27 ukrainische Kinder nach Russland, um sie dort zu ‚russifizieren‘. Diese und viele weitere
28 Kriegsverbrechen sind ein Fanal der Unmenschlichkeit und brechen mit jeder Form zivilisierten
29 Zusammenlebens. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Kriegsverbrechen nicht folgenlos
30 bleiben und die Verantwortlichen sich vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag verantworten
31 werden müssen.

32 2. Wir werden die Ukraine unterstützen, solange dies nötig ist.

33 Die Unterstützung der Ukraine ist nicht nur ein Akt der Solidarität, sondern liegt in unserem
34 ureigensten geopolitischen Interesse. Von unserer Reaktion auf den russischen Angriffskrieg muss
35 deshalb ein starkes Zeichen ausgehen, dass imperialistische Angriffskriege und der Bruch des
36 Völkerrechts eine entschlossene und robuste Antwort der internationalen Staatengemeinschaft nach
37 sich ziehen. Ein entscheidender Grund, warum Putin die Ukraine überfallen hat, ist die demokratische

38 Entwicklung, die seit 2014 in der Ukraine stattgefunden hat. Unsere Unterstützung der Ukraine in Form
39 von Waffenlieferungen, humanitären Hilfen und Sanktionen gegen die russische Wirtschaft muss
40 deshalb flankiert werden von einer unmissverständlichen politischen Kommunikation, die keinen
41 Zweifel daran lässt, dass wir fest an der Seite der demokratischen Ukraine stehen. Wir rufen daher
42 insbesondere die Bundesregierung auf, in ihrer Kommunikation keinen Zweifel an der dauerhaften
43 Solidarität Deutschlands mit der Ukraine aufkommen zu lassen und als zentraler Akteur in der EU und
44 der NATO bei der Unterstützung der Ukraine nicht nur mitzuschwimmen, sondern voranzugehen.

45 3. Russische Desinformationskampagnen dürfen nicht unbeantwortet bleiben

46 Die russische Propaganda macht nicht an den Grenzen Russlands halt. Im Gegenteil: Russland ist
47 bestrebt, die politische und öffentliche Meinung in Deutschland und anderen Staaten durch die
48 Verbreitung von Desinformation sowie durch weitere Versuche illegitimer Einflussnahme zu seinen
49 Gunsten zu beeinflussen. Auch in unserem Land werden russischstämmige Mitbürger/innen,
50 insbesondere die Gruppe der Spätaussiedler, oft gezielt durch russische Propaganda angesprochen.
51 Deshalb plädieren wir dafür, Informationen zum Ukrainekrieg in russischer Sprache zur Verfügung zu
52 stellen und ggfs. den Aufbau eigener Informationskanäle zu unterstützen.

53

54 II. NATO

55 Die NATO ist als größtes sicherheitspolitisches Bündnis der Welt Garant für Sicherheit und Stabilität in
56 Europa. Darüber hinaus ist sie Ausdruck der transatlantischen Freundschaft, die insbesondere für uns
57 in Deutschland angesichts unserer Geschichte ein hohes Gut darstellt. Unser sicherheitspolitisches
58 Vorgehen in Deutschlands muss deshalb immer in enger Absprache mit unseren Partnern in der NATO
59 erfolgen.

60 1. Eine Stärkung der NATO stellt keine Aggression, sondern eine Erhöhung der Sicherheit auf dem
61 europäischen Kontinent dar.

62 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns vor Augen geführt, dass Frieden und Sicherheit in
63 Europa keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern wir vielmehr aktiv für sie eintreten müssen. Aus
64 diesem Grund ist eine starke und wehrhafte NATO der einzige Weg zu dauerhaftem Frieden in Europa.
65 Deshalb begrüßen wir als Frauen Union in Niedersachsen den NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens
66 ausdrücklich.

67 2. Deutschland muss seinen NATO-Verpflichtungen ohne Abstriche nachkommen.

68 In Deutschland haben wir in den letzten 30 Jahren massiv von der ‚Friedensdividende‘ profitiert.
69 Dadurch wurden wichtige Ausgaben in die Bundeswehr verschleppt und in vielen Fällen gar nicht
70 getätigt. Diese Versäumnisse werden uns angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage in
71 Europa nun vor Augen geführt. Das 100 Mrd. Euro Sondervermögen, das die Union durch ihre
72 Zustimmung im Bundestag ermöglicht hat, kann deshalb nur ein erster Schritt dabei sein, die
73 Bundeswehr deutlich besser auszustatten. Wir fordern die Bundesregierung vor diesem Hintergrund
74 auf, die Militärausgaben dauerhaft auf 2% des BIPs zu erhöhen, wie es 2014 innerhalb der NATO
75 vereinbart worden ist.

76

77

78

79 **III. EU / Europawahl 2024**

80 Eine starke EU ist der Garant unseres Wohlstands und die beste Versicherung für dauerhaften Frieden
81 in Europa. Die europäischen Institutionen sind eine große demokratische Errungenschaft, für die wir
82 politisch mit voller Kraft eintreten müssen. Die Europawahl im nächsten Jahr ist vor diesem
83 Hintergrund eine entscheidende Weichenstellung für die kurz- und mittelfristige Zukunft Europas. Als
84 christdemokratische Volkspartei sollten wir mit einer klaren Botschaft in den Europawahlkampf
85 ziehen: Wir stehen für ein starkes demokratisches Europa, das in wichtigen Themen mit einer Stimme
86 spricht und gleichzeitig die Selbstständigkeit der Mitgliedsstaaten/Nationalstaaten hochhält.

87 Diese bürgerlich-christdemokratische Ausrichtung beinhaltet eine klare Abgrenzung zu
88 rechtspopulistischen und -nationalistischen Parteien in Europa. Mit diesen Feinden der europäischen
89 Idee darf und wird es auf keiner Ebene eine Zusammenarbeit geben.

90 1. Die EU muss außenpolitisch mit einer Stimme sprechen.

91 Um auf globaler Ebene europäische Interessen mit Nachdruck vertreten zu können, braucht es eine
92 EU, die in wichtigen außenpolitischen Fragen mit einer Stimme spricht. Das bedeutet auch, dass wir in
93 der EU-Wege finden müssen, die verhindern, dass einzelne Mitgliedsstaaten ein geeintes Auftreten
94 der EU in zentralen außenpolitischen Fragen blockieren können.

95 Denn wir können mit Partnern wie den USA und systemischen Kontrahenten wie der Volksrepublik
96 China nur als geeinte Europäische Union auf Augenhöhe sprechen.

97 Dies betrifft vor allem den Wettbewerb der Systeme, den insbesondere die Volksrepublik China seit
98 einiger Zeit forciert. In diesem Wettbewerb sollten wir als freiheitlich-demokratisches Europa
99 selbstbewusst und auf unsere Interessen bedacht auftreten.

100 Ein entscheidender Faktor dieses Selbstbewusstseins ist die transatlantische Partnerschaft mit den
101 USA. Die Partnerschaft mit den USA als wichtigstem internationalen Partner der EU muss deshalb für
102 uns in Europa an erster Stelle stehen.

103 Gleichzeitig muss die EU immer auch in der Lage sein, selbstständig ihre Interessen vertreten zu
104 können, wenn zukünftige politische Konstellationen in unseren Partnerländern die Zusammenarbeit
105 erschweren.

106 Wir fordern die Bundesregierung daher auf, sich noch stärker für eine strategische Autonomie Europas
107 einzusetzen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche der Sicherheitspolitik, der kritischen Infrastruktur
108 und der internationalen Lieferketten – etwa mit Blick auf Produktionsstätten für Medikamente und
109 Spitzentechnologien.

110 Ein geeintes, starkes Europa bedeutet für uns von der Frauen Union der CDU in Niedersachsen aber
111 auch, dass in bestimmten Bereichen keine europäische Überregulierung stattfinden darf. Wir brauchen
112 eine starke EU dort, wo wir – wie in der Außen- und Sicherheits- oder der globalen Wirtschaftspolitik
113 – nur gemeinsam etwas erreichen können.

114 Ein starkes Europa bedeutet aber auch, dass in den Bereichen, in denen auf nationaler Ebene am
115 zielgerichtetsten agiert werden kann – wie etwa in der Arbeitsmarkt-, Sozial-, oder Familienpolitik –,
116 das Prinzip der Subsidiarität gelten muss.

117

118 2. Die Einwanderungs- und Asylpolitik der EU muss durch das Leitprinzip von ‚Humanität und
119 Ordnung‘ bestimmt sein.

120 Damit wir in Europa auf Dauer unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und die Stabilität unserer
121 Sozialsysteme erhalten können, ist es notwendig, dass wir Migrationsbewegungen nach Europa aktiv
122 steuern. Hierbei sollten wir klar zwischen dem Recht auf Asyl für Kriegsflüchtlinge und politisch
123 Verfolgte auf der einen und Einwanderung aus wirtschaftlichen Motiven auf der anderen Seite
124 unterscheiden. Für alle Einwanderungsfragen nach Europa sollte das Leitprinzip von Humanität und
125 Ordnung gelten. Dies beinhaltet auch, dass in außerordentlichen Notsituationen humanitäre Hilfe
126 immer möglich muss. Wie gut eine solche Notsituation schnell angegangen werden kann, zeigt die
127 Aufnahme der geflüchteten Menschen aus der Ukraine, unter denen vor allem Frauen und Kinder sind.

128 Die europäische Asylpolitik basiert auf der Genfer Flüchtlingskonvention. Dies bedeutet: Menschen,
129 die vor Krieg und Vertreibung fliehen, müssen wir als Europäerinnen und Europäer helfen. Es bedeutet
130 aber auch, dass Leute, die aus anderen – auf individueller Ebene nachvollziehbaren – wirtschaftlichen
131 Erwägungen nach Europa einwandern möchten, nur unter bestimmten Voraussetzungen zu uns
132 kommen können. Um diese Trennung organisieren zu können, brauchen wir einen wirksamen Schutz
133 der EU-Außengrenzen und einen europäischen Verteilmechanismus für Asylberechtigte.
134 Mitgliedsstaaten, die sich weigern, Asylberechtigte aufzunehmen, sollten sich durch eine Finanzierung
135 des Grenzschutzes, der Auffangzentren und der aufnehmenden Staaten am europäischen Asylsystem
136 beteiligen. Den im Juni gefassten Beschluss der Innenminister der EU-Mitgliedsstaaten, nach dem
137 perspektivisch Asylverfahren an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden sollen, begrüßen wir als
138 Frauen Union der CDU in Niedersachsen ausdrücklich. Wir fordern die Bundesregierung diesbezüglich
139 auf, zeitnah mit der Umsetzung dieser von Deutschland unterstützten Maßnahmen zu beginnen.

140 3. Stabilität und Sicherheit können dauerhaft nur in einem modernen Europa organisiert werden,
141 das Klimaschutz und wirtschaftliche Prosperität verbindet.

142 Stabilität und Sicherheit in Europa werden wir auf Dauer nur aufrechterhalten können, wenn wir uns
143 der großen Zukunftsherausforderung des Klimawandels stellen. Deshalb ist für uns von der Frauen
144 Union der CDU in Niedersachsen klar: Wir stehen zu den Verpflichtungen Deutschlands aus dem Pariser
145 Klima-Abkommen. Denn ein resilientes und krisenfestes Europa kann es langfristig nur mit einem
146 effektiven Klimaschutz geben. Gleichzeitig dürfen wir den Klimaschutz nicht gegen, sondern müssen
147 ihn mit den Menschen gestalten. Paternalistische Bevormundung der Bürger Europas durch die Politik
148 in Fragen des Klimaschutzes wird es deshalb mit uns nicht geben. Vielmehr müssen wir mit
149 marktwirtschaftlichen Instrumenten wie dem CO2-Preis ein kluges Transformationsmanagement
150 voranbringen, das die Wirtschaft und die Menschen mitnimmt. Ziel muss es sein, in Europa eine
151 Stimmung zu erzeugen, die von einer Lust auf und nicht von einer Angst vor Klimaschutz geprägt ist.

152

153

154

155

156

157

158